

Kreistagsitzung 15.12.2014

### **Beitrag zur Verabschiedung des Haushalts**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste.

Der 19. November 2012 war für uns Grüne eine Sternstunde im Kreistag des Rems-Murr-Kreises! Auf der Grundlage des Konzepts des Wuppertal Instituts, beschloss der Kreistag an diesem Tag einstimmig den Einstieg in den aktiven Klimaschutz. „Auf dem Weg zum Klima-Musterknaben“ schrieb die Waiblinger Zeitung am 07.11.12.

Noch im selben Jahr stellten wir die Weichen für die Umsetzung erster Maßnahmen. Zusammen mit dem HH wurde das Maßnahmenprogramm „Klimaschutz-plus 2013 – 2015“ verabschiedet. Ausgestattet mit bescheidenen finanziellen Mitteln, haben wir damit in den vergangenen beiden Jahren doch einiges bewirkt.

Vor 2 ½ Wochen wurden bei der Veranstaltung „Nachhaltige Mobilität“ der Region Stuttgart einige unserer Erfolge als Vorzeigeprojekte präsentiert, so auch Fahrrad2go. Der Landkreis Göppingen, der vorbildlich an einem durchgängigen Radwegenetz arbeitet, sagte bei seiner Präsentation: „Wir wollen möglichst bald auch die neuen Fahrradmitnahmemöglichkeiten wie im Rems-Murr-Kreis einsetzen“. Und letzte Woche erhielt der Rems-Murr-Kreis im Rahmen des Landes-Preises „Leitstern Energieeffizienz“ den zweiten Preis unter 24 Bewerbungen von Stadt- und Landkreisen.

Ja, an solchen Tagen bin ich wirklich stolz auf den Rems-Murr-Kreis, der sich frühzeitig in Sachen Klimaschutz auf den Weg gemacht hat.

Und nun kommt die Rolle rückwärts!

Die Mittel für die Klimaschutzmaßnahmen sollen reduziert werden. Damit werden die Beschlüsse von 2012 ausgehebelt. Auch die Argumentation, dass der geplante Ausbau des Radwegenetzes derzeit noch nicht umgesetzt werden kann, greift für uns nicht. Diese 400.000 € könnten nutzbringend für den Klimaschutz eingesetzt und möglicherweise durch zusätzliche Landesfördermittel vermehrt werden. Auch ist es blamabel, dass von dem landesweit beachteten Projekt „Fahrrad2go“ bald nur noch ein „Schmalspurprojekte“ mit einer Linie übrig bleibt. Diese Entscheidung wird uns den Zugang zu Fördertöpfen bei Land und Region nicht erleichtern.

Völlig unverständlich für uns Grüne ist der Kürzungs-Antrag der CDU um 1 Mio. bei den energetischen Sanierungsmaßnahmen der kreiseigenen Gebäude. Die Finanzierung dieser Maßnahmen kann aktuell durch günstige KfW-Mittel, fast zum Nulltarif erfolgen. Dadurch würden wir eine dauerhafte Senkung der Betriebsausgaben und somit auch eine Entlastung der zukünftigen Haushalte erreichen. Stattdessen riskieren wir weitere Schäden an den Gebäuden und entfernen uns immer weiter von den angestrebten Zielen. Trotzdem fand der Antrag im VSKA eine Mehrheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachhaltiges Handeln sieht anders aus!

Sollten die Kürzungen wie derzeit geplant verabschiedet werden, wäre heute ein schwarzer Tag für den Klimaschutz im Rems-Murr-Kreis.

Vor wenigen Wochen haben wir Kreisrätinnen und Kreisräte uns verpflichtet, - ich zitiere - „das Wohl des Landkreises und das seiner Einwohner nach Kräften zu fördern“. Darunter verstehen wir Grünen auch vorausschauendes und nachhaltiges Handeln.

Der Klimaschutz gehört zu den Pflichtaufgaben des 21. Jahrhunderts. Die zunehmenden Wetterkapriolen zeigen uns, dass an dieser Stelle nicht gespart werden darf. Klimaschutz ist eine zentrale Aufgabe, gerade mit Blick auf die nächsten Generationen. Jede Einsparung in diesem Bereich ist ein falsches Signal. Deshalb lehnen wir die geplanten Kürzungen beim Klimaschutz grundsätzlich ab.

Ebenso ist für uns eine vorausschauende Personalpolitik zwingend erforderlich. Wenn wir wollen, dass auch zukünftig alle erforderlichen Aufgaben kompetent und in angemessener Zeit erledigt werden, wenn wir wollen, dass die Mitarbeitenden gerne und engagiert in unserer Verwaltung arbeiten und Stellen kompetent besetzt werden können, dann müssen wir jetzt handeln. Es ist an der Zeit, der Mitarbeiterschaft zu zeigen, dass wir ihre Arbeit und ihr bisheriges Engagement wertschätzen. Wir müssen ihnen berufliche Perspektiven ermöglichen, statt sie durch weitere pauschale Kürzungen zu belasten und zusätzlichem Stress auszusetzen. Deshalb lehnen wir pauschale Kürzungen im Personalbereich ab.

Um auch zukünftig wenigstens kleine Gestaltungsspielräume zu haben, müssen wir unseren Schuldenberg im Blick haben. Fremdfinanzierte Investitionen dürfen nur gemacht werden, wenn dadurch höhere Kosten in der Zukunft verhindert werden. Die Aufnahme neuer Kredite muss so gering wie möglich bleiben. Deshalb fordern wir weiterhin, dass die Ergebnisverbesserungen seit der Einbringung des HH zur Reduzierung der Kreditaufnahmen eingesetzt werden.

Wir Grünen nehmen unsere im September gegebene Verpflichtung ernst und sehen für diesen Haushalt weiterhin die Notwendigkeit für eine Kreisumlage in Höhe von 38,5%.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Christel Brodersen